



Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Gesetzentwurf zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei der Gefährdung des Kindeswohls

–us– Die nachfolgende Stellungnahme wurde von der Geschäftsstelle des Deutschen Vereins erarbeitet. Sie wurde im Umlaufverfahren durch den Präsidialausschuss des Deutschen Vereins im Dezember 2007 verabschiedet.

Vorbemerkungen

Der Deutsche Verein begrüßt das Bestreben, den Schutz gefährdeter Kinder zu verbessern und familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls zu erleichtern. Der vorgelegte Gesetzentwurf bietet hierfür eine gute Grundlage.

I. Im Allgemeinen

Es wird besonders begrüßt, dass mit der Neufassung des § 52 Abs. 3 FGG durch die Möglichkeit des Erlasses einer einstweiligen Anordnung die Durchsetzung des Umgangs beschleunigt und vereinfacht wird. Es ist die Erfahrung des Deutschen Vereins, dass eine schnelle Bearbeitung für eine am Kindeswohl orientierte Lösung ausschlaggebend ist.

Grundsätzlich merkt der Deutsche Verein jedoch an, dass der vorliegende Entwurf sowohl im Gesetzestext als auch in der Begründung länderübergreifende Fallkonstellationen und damit verbundene Probleme unberücksichtigt lässt, beispielsweise die Kindesmitnahme durch ein Elternteil. Der Deutsche Verein empfiehlt, in der Begründung und im Gesetzestext auch auf länderübergreifende Fallkonstellationen einzugehen.

Kritisch sieht der Deutsche Verein, dass bei der Angabe der Haushaltsausgaben der erhöhte personelle und fachliche Bedarf unberücksichtigt bleibt, der Gerichten und Jugendämtern durch die Änderungen entsteht. Zum Beispiel werden durch das Beschleunigungsgebot des § 50 e FGG und die Möglichkeit des Erlasses einer einstweiligen Anordnung in Umgangsverfahren nach § 52 Abs. 3 FGG die Gerichte unter fachlicher Begleitung des Jugendamtes zu schnellem Handel verpflichtet. Dies bedeutet nicht nur einen kurzfristigen und flexiblen Einsatz von Personal und Sachmitteln, sondern hat darüber hinaus einen erhöhten Personalbedarf zur Folge, um die Aufgaben gewissenhaft erfüllen zu können und die Kontinuität der anderen Arbeiten und Aufgaben der Gerichte und Jugendämter zu gewährleisten.

II. Im Besonderen

Auch wenn der Deutsche Verein die Regelungen in ihrer Gesamtheit und Ausrichtung unterstützt, bestehen hinsichtlich einiger Ausformungen Bedenken.

1. § 1666 BGB

a) Absatz 1

Der Deutsche Verein begrüßt die Neufassung des § 1666 Abs. 1 BGB, mit der die Voraussetzungen für ein Eingreifen des Familiengerichts vereinfacht und Hürden für ein frühzeitiges staatliches Handeln in Gefährdungssituationen abgebaut werden. Im Zuge der Absenkung der Erfordernisse ist es jedoch geboten, darauf hinzuweisen, dass deshalb umso mehr eine umfassende und sachliche Bewertung der Situation notwendig und im erforderlichen Umfang vorzunehmen ist.

Der Deutsche Verein möchte diesbezüglich auf die Bedeutung von angemessener Fort- und Weiterbildung für Familienrichter und -richterrinnen hinweisen. Ein entsprechender Hinweis sollte in die Gesetzesbegründung aufgenommen werden. Es wird vorgeschlagen, die Begründung zu §1666 Abs. 1 BGB [neu] wie folgt zu ergänzen

„In Anlehnung an die Fortbildungspflicht für die Fachkräfte der Jugendämter, sind spiegelbildlich auch Richter und Richterinnen angehalten, sich fortzubilden, um angezeigten Kindeswohlgefährdungen mit der erforderlichen Sachkenntnis begegnen zu können.“

b) Absatz 3

Es wird begrüßt, dass die Neufassung des § 1666 Abs. 3 BGB die Vielzahl der verschiedenen Maßnahmen, die unterhalb der Schwelle des Entzugs der elterlichen Sorge liegen, aufzählt und vorsieht. Leider bleiben hier insbesondere internationale Fallkonstellationen unberücksichtigt. In seiner praktischen Arbeit begegnen dem Deutschen Verein häufig Fälle, in denen sich – auch deutsche – Eltern durch Umzug oder Verbringen der Kinder ins Ausland der Inobhutnahme und anderen Maßnahmen der Jugendhilfe entziehen.

Fallbeispiel

Das Jugendamt stellt bei einer Familie eine Kindeswohlgefährdung fest. Das Gericht belässt die Kinder in der Familie und ordnet Jugendhilfemaßnahmen an. Bevor diese greifen, verbringen die Eltern die Kinder ins Ausland/entziehen sich der Maßnahme durch Verzug ins Ausland.

Es wird vorgeschlagen, die exemplarische Aufzählung wie folgt zu ergänzen:

„vorübergehende Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts auf das Jugendamt,“

Die Begründung sollte entsprechend ergänzt werden:

„Um zu vermeiden, dass sich Eltern der Jugendhilfemaßnahme durch Umzug entziehen, kann das Gericht zur Flankierung der Jugendhilfemaßnahmen das Aufenthaltsbestimmungsrecht vorläufig auf das zuständige Jugendamt übertragen.“

Des Weiteren gibt der Deutsche Verein zu bedenken, dass die Formulierung des § 1666 Abs. 3 Nr. 1 BGB [neu] in der Praxis zu Unklarheiten in Bezug auf das Verhältnis zu § 36 a SGB VIII führen kann, auch wenn kein tatsächliches Konkurrenzverhältnis besteht. Eine Klarstellung, dass § 36 a SGB VIII unberührt bleibt, ist hier wünschenswert.

2. § 1696 Abs. 3 BGB

Die Regelung wird begrüßt, allerdings bestehen hinsichtlich der Formulierung Bedenken.

Mit der Neuregelung in § 1696 Abs. 3 BGB soll der Gefahr entgegen gewirkt werden, dass es – entgegen der Annahme des Gerichts – nicht gelingt, die Gefährdung für das Kind abzuwenden und das Gericht hiervon nichts erfährt. Dies macht allerdings in den Fällen wenig Sinn, in denen sich die behauptete Kindeswohlgefährdung als in keiner Weise haltbar erwiesen hat und daher keinerlei Zusagen o. Ä. vereinbart wurden. In diesen Fällen sollte von dem gebundenen Ermessen in der Form Gebrauch gemacht werden, dass von einer erneuten Überprüfung abgesehen wird. Dies würde nicht nur eine Entlastung der Gerichte bedeuten, sondern auch verhindern, dass Eltern, bei denen ein Verfahren nach §§ 1666, 1667 BGB eingeleitet wurde, unter Generalverdacht gestellt würden. Um eine entsprechende Entscheidung der Gerichte zu befördern, schlagen wir vor, die Vorschrift wie folgt zu ergänzen:

„Sieht das Familiengericht von Maßnahmen nach §§ 1666 bis 1667 ab, soll es seine Entscheidung in angemessenem Zeitabstand, in der Regel nach drei Monaten, überprüfen, sofern nicht eine Gefährdung des Kindeswohls bei der ersten Überprüfung völlig ausgeschlossen werden konnte.“

3. § 50 e FGG

Der Deutsche Verein begrüßt grundsätzlich, dass mit § 50 e FGG ein Beschleunigungs- und Vorranggebot für das Kind betreffende Verfahren eingeführt wird. Allerdings wird angemerkt, dass bei schematischer Anwendung – insbesondere in Gewaltschutzverfahren – dies in der Praxis zu Problemen führen kann. Eine interessengerechte Entscheidung hängt von den Umständen des Einzelfalles ab. Es wird daher vorgeschlagen, die Bestimmungen des § 50 e FGG insgesamt flexibler zu formulieren.

a) Absatz 2

Es wird vorgeschlagen, die Vorschrift in Absatz 2 Satz 1 wie folgt zu fassen:

„Das Gericht erörtert in Verfahren nach Absatz 1 die Sache, *nach Möglichkeit*, mit den Beteiligten in einem Termin.“

b) Absatz 3

Es wird vorgeschlagen, die Vorschrift des Absatzes 3 wie folgt zu ändern:

„Das Gericht *kann* das persönliche Erscheinen der Beteiligten anordnen.“